



Interviews

Datum: 10. April 2024

Philipp May im Gespräch mit Dorothee Bär

Philipp May: Am Telefon ist jetzt die CSU-Politikerin und stellvertretende Vorsitzende der Unions-Fraktion, Dorothee Bär. Guten Morgen, Frau Bär.

Dorothee Bär: Guten Morgen, Herr May.

May: Warum gehört Abtreibung ins Strafgesetzbuch?

Bär: Zunächst mal muss man festhalten, dass die Ampel schon mal einen ganz großen Fehler gemacht hat, dass sie vor zwei Jahren eine Expertenkommission eingesetzt hat, die so einseitig zusammengesetzt war, und dass jetzt ein Gutachten anscheinend nächste Woche vorgestellt wird, das man nur unter das Motto stellen kann, geliefert wie bestellt.

May: Wieso einseitig?

Bär: Weil es nicht üblich ist, weil es das noch nie gab in Deutschland, dass beispielsweise auch die Opposition nicht eingebunden ist in so wichtige Fragen, in ethische Fragen. Das haben wir noch nie gemacht. Wir haben immer den gesamten Bundestag auch mit einbezogen.

May: Aber das war ja eine Expertenkommission, keine Politikerkommission.

Bär: Dass jetzt aber noch nicht mal die Union gefragt wurde, welche Experten wir eigentlich vorschlagen würden, dass beispielsweise auch Kirchen komplett rausgelassen wurden. Darüber kann man streiten. Aber dass noch nicht mal gefragt wurde, wen glaubt ihr eigentlich, wen könnte man haben; wir haben deswegen parallel als

CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch eine eigene Bioethik-Kommission ins Leben gerufen, die wir jetzt parallel haben tagen lassen, übrigens auch mit Expertinnen und Experten, wo wir im Vorfeld wussten, dass sie sicherlich nicht die Meinung vertreten, die die Unions-Fraktion in vielen Bereichen vertritt, aber viel, viel offener. Das mal vorausgeschickt.

Jetzt haben Sie ja selber in Ihrem Beitrag gesagt, dass wir eine sehr befriedete Situation seit 30 Jahren in unserem Land haben, und diese befriedete Situation, genauso wie es jetzt ist, passt niemandem so richtig. Dadurch, dass wir sie aber haben, haben wir auch in den letzten Jahren und Jahrzehnten keinen Konflikt mehr gehabt. Wir müssen ja nur in die USA schauen und sehen, dass das Thema Abtreibung, das Thema ungeborenes Leben ja Wahlkampfthema ist, wo es meines Erachtens überhaupt nichts zu tun hat.

Die Ampel macht jetzt ohne Not genau das gleiche wie in den USA, dass sie sich wirklich mit dieser Expertenkommission einen so großen Konflikt wieder in unser Land holt, unser Land, was sowieso momentan schon so gespalten ist, wo wirklich ganz, ganz andere Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger da sind. Jetzt erreicht sie vor allem eins, was mit Frauenrechten gar nichts zu tun hat, hoch emotional, hoch moralisch, um von wahren Problemen und Herausforderungen abzulenken. Und gleichzeitig – das hat man ja auch vor einem Jahr gesehen bei den Debatten im Deutschen Bundestag zum 219a -, dass es genau den Grünen immer nur darum ging, den 218 komplett mit abzuschaffen, aber gleichzeitig dann dafür zu sorgen, dass wirklich Konflikte in die Gesellschaft getragen werden.

May: Ich habe bisher eine Frage gestellt. Ich würde gerne noch eine zweite Frage stellen in diesem Interview. Wenn Sie den gesellschaftlichen Frieden ansprechen; das war ja ein gesellschaftlicher Frieden, der vor 30 Jahren bewahrt wurde, beziehungsweise eine Situation, die vor 30 Jahren befriedet wurde. Vielleicht war das ja vor 30 Jahren so, aber mittlerweile hat sich die Lage doch ein bisschen geändert. Wir müssen jetzt gar nicht in die USA schauen, sondern wir können einfach nur in unsere Nachbarländer schauen. Da haben selbst tief katholische Länder wie Irland, wie Spanien, wie Frankreich, Laizismus hin oder her, Abtreibung mit teilweise breiten Mehrheiten nicht nur legalisiert, sondern das Recht auch verfassungsrechtlich verankert. Die WHO spricht sich für eine vollständige Entkriminalisierung aus und auch in Deutschland gibt es nach Umfragen klare Mehrheiten für eine Legalisierung. Vielleicht gibt es gar nicht diese gesellschaftliche Spaltung und diesen gesellschaftlichen Graben, von dem Sie gerade sprechen.

Bär: Die Zuschriften, die wir bekommen, sprechen eine andere Sprache, und zwar nicht erst in diesem Jahr, sondern auch schon in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten. Da kann ich vielleicht aktiv parlamentarisch noch nicht 30 Jahre, aber über 20 Jahre mitreden. Frauen können in Deutschland längst straffrei abtreiben und es machen auch 100.000 von diesem Recht jedes Jahr in Deutschland Gebrauch.

Die Beratungsstellen sind wirklich ein ganz hohes Gut, was wir in Deutschland haben, und Sie können mir wirklich glauben, dass ich auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so viel Kontakt zu Frauen hatte, die abgetrieben haben, die dann nicht abgetrieben haben, die bis heute froh sind, abgetrieben zu haben, die es bis heute bereuen, abgetrieben zu haben. Aber ich habe niemanden erlebt, der traumatisiert aus einer Beratung rausgegangen wäre. Das Gegenteil ist der Fall.

May: Aber es geht ja nicht um eine Beratung. Das sagt ja auch die Expertenkommission nicht, dass Beratung abgeschafft werden soll.

Bär: Doch! Ich bin gerade bei den Grünen und da geht es auch um die Abschaffung der Beratung, selbstverständlich.

May: Ich bin gerade bei der Expertenkommission, die einfach nur sagt, Abtreibung die ersten zwölf Wochen vollkommen legal, vollkommen entkriminalisiert. – Es sagt ja auch niemand, dass eine Abtreibung was Tolles oder was Erstrebenswertes ist, sondern es geht darum, wie man mit jemandem – und in diesem Fall ist das immer eine Frau – umgeht, die eine Abwägungsentscheidung zwischen zwei Schutzgütern treffen muss. Man kann ja auch für ein liberales Abtreibungsrecht sein und trotzdem das Ziel haben, Abtreibung zu verhindern, indem man Beratung im Gesetz auf andere Weise verankert.

Bär: Man kann aber auch, wenn Sie noch mal sich die Debatten von vor einem Jahr anhören, feststellen, dass außer den Kolleginnen und Kollegen der Unions-Fraktion keiner diese Güterabwägung so beschrieben hat, sondern es ging nie um den Schutz des ungeborenen Lebens. Es ging ausschließlich immer zu 100 Prozent um die Selbstbestimmung der Frau und jetzt können Sie mir zu 100 Prozent abnehmen, wie wichtig mir Selbstbestimmung von Frauen ist und wie wichtig mir auch Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist. Aber wenn Lebensschutz in gar keiner Weise auch nur ein einziges Mal im Deutschen Bundestag thematisiert wird, dann sage ich

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

einfach ohne Not, jetzt warten wir mal nächste Woche ab. Ich kann auf jeden Fall nur auf die Zitate von Herrn Buschmann verweisen, der im letzten Jahr hoch und heilig am Rednerpult mehrfach gesagt hat, es geht nie um den 218, nie, nie, nie, kann man sich alles noch mal anschauen, was letztes Jahr auch vom Bundesjustizminister gesagt wurde. Ich appelliere jetzt wirklich sehr stark an die FDP, nicht mit einem erneuten gesellschaftspolitischen Thema unser Land spalten zu wollen.

May: Aber Frauen, die sich die Entscheidung zur Abtreibung nicht leichtmachen, die auch ein Recht auf die Unversehrtheit des eigenen Körpers haben, was dann gegen das Recht auf ungeborenes Leben steht, die werden trotzdem am Ende durch den Gesetzgeber kriminalisiert, auch wenn sie am Ende straffrei ausgehen. Kann das richtig sein?

Bär: Ich denke, am entscheidendsten ist doch, was am Ende hinten dabei rauskommt, und entscheidend ist doch, wenn ich diese Abwägung treffen muss. Und jetzt sage ich mal: Eine Frau, die schwanger wird, auch eine Frau, die nicht abtreiben will, ist immer in einer hoch emotionalen Situation. Es ist immer für eine Frau ein Ausnahmezustand, sage ich mal, ein psychischer und ein physischer Ausnahmezustand.

May: Ist in diesem Ausnahmezustand am Ende das Strafgesetzbuch der richtige Ort, um die Abtreibung zu regeln?

Bär: Ich glaube, dass wir tatsächlich seit 30 Jahren, wenn wir jetzt alles so belassen, wie es ist, keine Not haben, noch mal an dieser Gesetzgebung was zu ändern, weil es sich einfach bewährt hat. Noch mal: Ein Kompromiss heißt ja auch, beide Seiten sind nicht zufrieden, aber man hat sich darauf geeinigt. Deswegen wäre mein ganz dringender Appell an die Ampel, neben allem anderen, was sowieso schon auch gegen den Willen der Gesellschaft durchgesetzt wurde in den letzten Jahren, dass sie einfach mal ihre Arbeit machen bei den Themen, die jetzt wirklich notwendig sind, und nicht ohne Not neue Spaltpilze reinsetzen.

May: Ich meine, man kann ja das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Bär: Aber dann sollen sie auch das andere tun, aber das passiert ja auch nicht.

May: Aber das ist ja eine ganz andere Frage. Hier geht es um eine ganz konkrete Frage. – Es ist ja auch nicht so, dass Frauen von Gesetzen grundsätzlich davon abgehalten werden abzutreiben. Es findet dann nur unter größeren Strapazen für die Frauen statt. In Deutschland ist es dann zum Beispiel so, dass Frauen die Abtreibung selbst bezahlen müssen, was eine Ungleichbehandlung dahingehend ist, dass der Geldbeutel möglicherweise entscheidet, ob eine Frau abtreibt oder nicht. Wenn die Gesetzgebung irgendwie eine Relevanz hätte, dann müssten ja Länder, in denen Abtreibung längst legal ist, viel höhere Quoten von Schwangerschaftsabbrüchen haben als Deutschland, wo es eine restriktivere Gesetzgebung gibt. Aber Frankreich beispielsweise hat eine deutlich höhere Geburtenrate als wir.

Bär: Ja. Aber dass wir so eine niedrige Geburtenrate haben, das liegt tatsächlich, auch wenn Sie über andere Themen nicht sprechen wollen, was völlig in Ordnung ist, an der Situation insgesamt in Deutschland und auch an der momentanen Stimmung, an der ökonomischen Situation und auch an dem Wunsch von vielen, aus diesem Land auszuwandern, und das hat tatsächlich auch sehr stark die Ampel mit verschuldet.

May: Das verstehe ich jetzt nicht. Aber das ist doch letztendlich ein ganz entscheidender Punkt, den ich gerade angesprochen habe.

Bär: Wir haben doch in den letzten Jahren viel, viel bessere und viel höhere Geburtenraten noch mal gehabt. Wir haben in unserer Legislatur vor vielen Jahren beispielsweise auch durch die Einführung vom Elterngeld, durch den Ausbau der Kinderbetreuung eine ganz andere, stabilere Situation in unserem Land geschaffen. Das wird jetzt ohne Not mit Kürzungen von Elterngeld, mit Nichtausbau der Kinderbetreuung, mit Streichung der Sprach-Kitas von der Ampel alles kaputt gemacht. Natürlich hat das auch eine Relevanz, ob viele junge Eltern, junge Mütter, junge Väter wirklich der Meinung sind, Kinder in die Welt setzen zu wollen.

May: Falls die Ampel dem Rat ihrer Experten doch folgt, trotz Ihres Appells jetzt an die FDP, und einen Gesetzentwurf erarbeitet, der Abtreibung bis zur zwölften

Schwangerschaftswoche legal macht, werden Sie vor dem Bundesverfassungsgericht auf jeden Fall klagen?

Bär: Wir werden uns auf jeden Fall die Option offenhalten. Es ist dramatisch, dass wir andauernd nach Karlsruhe gehen müssen, aber dass der Weg auf jeden Fall ein möglicher ist. Der ist definitiv da. Ich hoffe aber schon sehr auf die Vernunft auch einzelner Koalitionspartner, dass sie sich nicht von den Grünen komplett das Land umbauen lassen, nur wie es ihnen gefällt.

May: Es ist jetzt ja eine Expertenkommission und nicht per se die Grünen, die jetzt diese Empfehlung vorgelegt haben, eine Expertenkommission der gesamten Ampel. Diese Expertenkommission hat durchaus einen Graubereich gelassen. Sie sagt: Bis zur zwölften Woche straffrei, ab der 22. Woche auf jeden Fall weiterhin verboten, und dazwischen muss das der Gesetzgeber regeln. Wäre das nicht auch eine Möglichkeit, wo Sie als Opposition mitarbeiten könnten?

Bär: Wir schauen uns das nächste Woche ganz genau an. Was bislang bekannt ist und vor allem auch die Meinungen, die Sätze, die Aussagen, die Reden, die wir im Bundestag gehört haben, lassen mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon ausgehen, dass wir da in irgendeiner Weise mitgehen können.

May: Auf eine Sache möchte ich Sie noch ansprechen. Unabhängig von Paragraph 218 hat Lisa Paus einen Gesetzentwurf vorgelegt, der schwangere Frauen und klinisches Personal vor Belästigung durch Abtreibungsgegner schützen soll. Wer etwa eine schwangere Frau vor einer Arztpraxis bedrängt, soll Bußgeld zahlen. Das Ganze muss noch durch den Bundestag, heute ist erste Lesung. Würden Sie da grundsätzlich zustimmen?

Bär: Es ist weder notwendig, noch verhältnismäßig. Es gibt wahnsinnig wenige Aktionen in sehr wenigen Städten. Natürlich wollen wir Persönlichkeitsrechte schwangerer Frauen selbstverständlich schützen und bewahren. Aber wenn künftig jemand auf dem Gehsteig steht und betet oder ein Schild hochhält und sagt, bitte nicht abtreiben, dann soll das verboten werden. Wenn aber jemand ein Schild hochhält und sagt,

bitte unbedingt abtreiben, dann nicht. Das passt auch einfach nicht und wie gesagt, das Strafrecht hat schon wahnsinnig viele Möglichkeiten diesbezüglich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.